

„Regierung bleibt bei ihrem Indexentscheid“

Patronat lehnt Kompromiss zwischen Regierung und Gewerkschaften ab - Weiteres Treffen vorgesehen

Die bittersten Mienen der verschiedenen Minister, die sich zur Konzertierung in das Büro des Staatsministers zurückzogen, sprachen Bände: selten hatte man die Herren Juncker, Asselborn, Frieden, Krecké, Di Bartolomeo und Schmit ernster gesehen, als gestern, wo sich die eben genannten Regierungsmitglieder mit dem Dachverband der Luxemburger Patronatsvereinigungen UEL trafen, um dessen Position zum zwei Tage zuvor in der „Bipartite“ zwischen Regierung und Gewerkschaften erzielten Kompromiss zu erfahren. Nach vierstündigen Diskussionen trat der Premierminister am frühen Abend sichtlich enttäuscht vor die Presse, um das Scheitern der Verhandlungen mitzuteilen. Ganz aussichtslos erscheint die Situation indes nicht, wollen sich Regierung und Patronat doch in zwei Wochen noch einmal treffen, wobei die Regierung aber Juncker zufolge bei ihrem Entschluss bleibt, die nächste Indextranche im Oktober 2011 auszubezahlen; wohingegen die UEL auf ein zweijähriges Moratorium für den Index pocht.

Dass das Spitzengespräch zwischen Regierung und Arbeitgebern überhaupt so lange dauern würde, hatte sich die UEL jedenfalls nicht erwartet, war doch schon für 16 Uhr (die Verhandlungen wurden um 14.40 Uhr aufgenommen) eine Pressekonzferenz angekündigt worden, die dann aber nicht stattfand, da sich UEL-Präsident Michel Wurth nach dem Scheitern der Gespräche auf ein kurzes Statement beschränkte.

Die sechs erwähnten Minister verließen nach dreistündigen Verhandlungen zum ersten Mal den Brieflingsaal im Staatsministerium, um sich für 45 Minuten zur Konzertierung in das Büro von Jean-Claude Juncker zurückzuziehen, der hierauf dann auch noch eine zehnmündige Vierergruppenunterredung mit Michel Wurth führte, ehe sich Regierung und Patronat für einige wenige Minuten ein letztes Mal in großer Runde trafen. Finanzminister Luc Frieden hatte den wartenden



Regierung (r.) und Patronat blieben gestern bei ihren jeweiligen Positionen

Photo: F. Aussems

Journalisten zuvor zu verstehen gegeben, dass es „ganz schwierig“ sei, „Intersektionen“ zwischen dem Kurz- und dem Langfristigen sowie dem Wirtschaftlichen und dem Sozialen zu finden.

„Es geht um die Wettbewerbsfähigkeit der Luxemburger Wirtschaft“

Kurz danach trat Jean-Claude Juncker dann auch vor die Presse, um die Verhandlungen für gescheitert zu erklären, da die Regierung die Vorschläge der UEL nicht annehmen könne.

Voraussichtlich in zwei Wochen finde aber ein weiteres Treffen statt, wobei die Regierung aber in Sachen Index bei ihrer Position bleibe; andere Punkte würden sich ebenfalls als schwierig erweisen. Auch trafen sich die Minister gestern Abend noch zu einer Sitzung des Regierungsrats - voraussichtlich um über die Forderungen der Arbeitgeberseite zu beraten.

UEL-Präsident Michel Wurth erinnerte seinerseits noch einmal daran, dass es bei den Verhandlungen in erster Linie um die Wettbewerbsfähigkeit der Luxemburger Wirtschaft gegangen sei, seien es doch

die Betriebe, die unseren Sozialstaat und auch das Indexsystem finanzieren würden.

So habe die UEL der Regierung im Laufe der Verhandlungen noch einmal drei Vorschläge unterbreitet. In erster Linie fordere die UEL im Interesse der Luxemburger Wirtschaft ein zweijähriges Moratorium für den Index, und wenn das nicht möglich sei, eine Aussetzung der Mindestlohnenerhöhung zum 1. Januar. Des Weiteren lehne das Patronat eine Erhöhung der sozialen Nebenkosten ab, u.a. was die Beitragserhöhung für die Gesundheitskasse in Höhe von 0,2 Prozent anbelange.

Auch eine Erhöhung der Solidaritätssteuer komme für die UEL nicht in Frage, die bei vier Prozent bleiben solle, derweil die Regierung für die Betriebe eine Erhöhung auf sechs Prozent vorgesehen habe. So könne die Luxemburger Wirtschaft jedenfalls nicht wieder fit gemacht werden, wie Michel Wurth anfügte.

Die Indexfrage erweise sich aber am schwierigsten, weil die Regierung hier schon einen Kompromiss mit den Gewerkschaften gefunden habe. Sollte bei den nächsten Verhandlungen mit der Regierung aber keine Einigung gefunden werden, dann stelle dies für Luxemburg „eine ganz neue Situation“ dar, so Wurth.

„Ein falsches Signal“

Ein Abkommen ausschließlich mit den Gewerkschaften stelle „ein falsches Signal“ für ganz Luxemburg und seine Wirtschaft dar, die im Vergleich zum Ausland stärker anwachsen müsse, um unseren Lebensstandard zu erhalten. Hätte die Regierung aber den Bruch mit der Arbeitgeberseite gewollt, dann würde sie dessen Vorschläge jetzt nicht im Regierungsrat behandeln und dann hätte sie auch kein weiteres Treffen anberaumt.

Es sei an dieser Stelle noch einmal an die Einigung in der Bipartite zwischen Regierung und Gewerkschaften erinnert, die nächste Indextranche nun erst zum 1. Oktober 2011 auszubezahlen, auch wenn diese früher erfolgen sollte. Im Gegenzug soll die im Sparpaket der Regierung vorgesehene Halbierung der Pendlerpauschale fallen gelassen werden und soll Ende 2011 noch einmal über die Krisensteuer beraten werden, die im nächsten Jahr indes zur Anwendung gelangt. Auch wurde sich mit den Gewerkschaften darauf geeinigt, dass sich die Sozialpartner noch einmal zusammensetzen sollen, sollte zwischen Oktober 2011 und Oktober 2012 mehr als eine Indextranche erfolgen.

► St.